



**„Ich bitte um eine klipp und klare Antwort ...“
Der lange Weg zur Eingemeindung im Jahr 1930
Ravensberger Blätter Heft 2, 2003
Seite 14-19**

von Joachim Wibbing

„Als in der vergangenen Nacht die Turmuhren die Geisterstunde ins Land riefen, vollzog sich die Wandlung von 90000 Bielefeldern und rund 30000 Landbewohnern zu Großstädtern. Rom ist nicht in einem Tage erbaut worden. Und der Weg Bielefelds von der Mittelstadt zur Großstadt hat eine Zeitspanne von nicht weniger als 22 Jahren in Anspruch genommen.“ So beginnt ein Redakteur seinen Artikel in der Westfälischen Zeitung vom 1. Oktober 1930 über die erfolgte Eingemeindung. Mehr als 2 Jahrzehnte mussten in zähen Verhandlungen die divergierenden Interessen der zukünftigen Großstadt und die der Vorortgemeinden ausgeglichen werden.

Die Stadt Bielefeld wurde um 1214 auf einer bereits bestehenden Siedlung durch die Grafen von Ravensberg gegründet. Befestigt wurde sie durch Wall und Graben; diese stellten die äußere städtische Begrenzung dar. Bielefelds Aufstieg zur Industrie- und Großstadt begann mit der Fertigstellung der Köln-Mindener-Eisenbahnlinie und der Inbetriebnahme der Ravensberger Spinnerei in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Bis 1930 wuchs die Stadt enorm und dehnte sich immer weiter – über die Wälle - in die sie umgebende Feldmark hinein aus. Eines der Hauptprobleme bei dieser Ausdehnung wurde im Jahre 1921 von dem Sozialdemokraten Rappold folgendermaßen skizzierte: hatten früher die Spinner und Weber in den Vororten ihre Beschäftigung in der Heimindustrie gefunden, arbeiteten sie nun in der Stadt Bielefeld in den dortigen Industriebetrieben. Ihre Wohnungen behielten sie aber in den Vororten. Die Verhältnisse in Bielefeld hätten sich so gestaltet, „wie man sie in Preußen nicht wieder antrifft“¹. Die Arbeiter aus den Vororten erhöhten den Wohlstand in der Stadt. Ende der 20-er Jahre zum Beispiel arbeiteten von 8.500 registrierten Arbeitern aus Schildesche 7.000 in Bielefeld. Dies bot für den Magistrat die Möglichkeit, den Gewerbesteuersatz bei 195 % zu belassen, während dieser in den Vorortgemeinden bei 400 % lag. Nur so waren diese in der Lage, ihre Haushalte auszugleichen. Es zeigte sich nämlich, dass die Vororte für die Beschulung der Arbeiterkinder erhebliche Lasten zu tragen hatten. Der Bau der Sudbrackschule (1914-1918) wurde hier als besonders schlechtes Beispiel vom Amtmann Rappold gebrandmarkt. Die Baufirma Klarhorst hatte im Sudbrackgebiet Wohnungen für Auswärtige, vornehmlich für Bielefelder gebaut.² Die Stadt drang deshalb auf die Errichtung einer Schule, beteiligte sich aber nicht an den Kosten. Die erforderlichen 155.000 Mark trug das Amt Schildesche. Moralisch jedoch sei dies verwerflich gewesen, so die Meinung des Schildescher Amtmannes.

¹ Sta Bielefeld, Amt Schildesche Nr. 96; hier: Artikel in der Beilage der Volkswacht Nr. 56 vom 8. März 1921.

² Sta Bielefeld, Amt Schildesche Nr. 96, Protokoll der Eingemeindungskommission vom 4.10.1923.

Weitere erhebliche finanzielle Belastungen ergaben sich für die Vororte im Falle der Erwerbslosigkeit von Beschäftigten, denn etwaige Unterstützungszahlungen hingen vom Wohnort ab. Die Stadt war hier aus der Verpflichtung. Die Vororte litten ferner daran, dass sie nicht an die Kanalisation, die Wasser- und Gasversorgung angeschlossen waren. Mit dem Anschluss an das Stromnetz hatte man allerdings bereits ab 1913 begonnen.³



Amtshaus Schildesche 1984

Der erste Vorstoß zur Eingemeindung fand im November 1908 statt: 168 Einwohner der Gemeinde Schildesche, im Bereich der Herforder Straße, verfassten eine entsprechende Petition an den Magistrat. Sie erhofften sich davon eine Verbesserung ihrer Schulverhältnisse und den Anschluss an die städtische Wasserversorgung. Im Februar 1910 forderte die Regierung in Minden die Stadt auf, einen Plan vorzulegen, in welchem Umfang eingemeindet werden sollte. Im September desselben Jahres sprachen sich mehrere Industrielle der Vororte für die „beschleunigte Regelung der Eingemeindungsfrage“ aus. Im Dezember 1910 legte der Magistrat einen Vorschlag vor; demnach sollten 429,2 Hektar eingemeindet werden, die sich wie folgt verteilten: Gellershagen 55,5 Hektar, Bauerschaft Schildesche mit Sudbrack 140,7 Hektar, Schildesche 106 Hektar, Sieker mit Teilen von Heepen 61 Hektar und Gadderbaum mit Teilen von Brackwede 66,5 Hektar. Bis 1913 wurden die Verhandlungen weitergeführt. Der Landkreis forderte dabei eine Entschädigung für den Steuerausfall der Vorortgemeinden und eine Beteiligung der Stadt an der Kleinbahn. Im Februar 1914 schaltete sich das Preußische Ministerium des Inneren ein. Die Verhandlungen zogen sich bis Herbst 1914 hin und standen kurz vor dem Abschluss. Als die Stadt aber schließlich vom Kultusministerium auch in Zukunft die Zahlung der Ergänzungszuschüsse für die Schullasten – die früher nur an die

³ Archiv der Stadtwerke Bielefeld, ZGS 4/3145; die Arbeiten wurden jedoch wegen der Zeitumstände erst 1929 beendet.

Vorortgemeinden gezahlt wurden – forderte, scheiterten die Verhandlungen. Der Ausbruch des Krieges tat das Seinige und die Eingemeindungsfrage blieb liegen.

Die Sozialdemokraten griffen nach dem Krieg unverzüglich – bereits am 13.11.1918 – die Frage wieder auf und trugen sie in Sitzungen vor. Die Frage nach den Ergänzungszuschüssen wurde erneut an das Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung gestellt. Allerdings hatte sich die Gesetzeslage durch das Volksschullehrer-Diensteinkommengesetz grundlegend geändert.⁴ Die Auffassung über die Eingemeindung wurde von den SPD-Vertretern bei einer Tagung Anfang März 1921 umfänglich diskutiert. Der Delegierte Olderdissen aus Brackwede sprach sich für eine Eingemeindung nach Bielefeld aus, „denn die Brackweder Bewohner seien schon im Tode mit den Bielefeldern auf dem Sennefriedhof vereint.“ Allerdings sähe er es lieber, wenn „die Brackweder auch bei Lebzeiten die Vorteile der Stadt, hauptsächlich der Kanalisation, genießen könnten.“ Gottlob Binder führte aus, dass den Landgemeinden zur Bekämpfung der Wohnungsnot die finanziellen Mittel fehlen, der Stadt mangle es dagegen an dem nötigen billigen Bauland. Von daher müsse die Eingemeindung kommen. Der Genosse Schäffer aus Schildesche betonte, dass alle Genossen die Eingemeindung mit der Grenze Johannesbach forderten. Auch brauche „Bielefeld keine extra Badeanstalt, sondern könne sich an der Schildescher beteiligen. Dann könnte das eine vorbildliche Badeanstalt werden.“ Teileingemeindungen wurden weitgehend abgelehnt, wie an der Stellungnahme des Delegierten Mügge aus Heepen deutlich wird. Die Stadt habe jetzt 36.000 qm für eine Siedlung der Freien Scholle eingemeindet. Das dürfe in Zukunft nicht mehr in Frage kommen. Wenn schon nicht ganz Heepen eingemeindet werden soll, dann müsse wenigstens die „Kammerratsheide genommen“ werden. Der Genosse Köhne aus Sieker befürchtete, dass bei einer Eingemeindung die Stadt zwar bessere Einrichtungen im eigentlichen Stadtbereich treffen, die Vororte aber sich selbst überlassen würde. Trotzdem befürwortete er die Eingemeindung. Sollte – so die einhellige Meinung der Teilnehmer - von dem Landkreis kein lebensfähiger Rest übrig bleiben, sollten diese Teile auf die Kreise Halle und Herford aufgeteilt werden. Die Sache müsse „schnell in Fluss gebracht werden“: denn sonst „müsste (es) eine traurige sozialdemokratische Vertretung sein, wenn sie ihre Klassengenossen als Stiefkinder behandeln wollte.“⁵

Die bürgerlichen Parteien standen der Eingemeindung dagegen sehr distanziert gegenüber. Man fürchtete die erheblichen Kosten durch den Bau von Versorgungsleitungen. Die bürgerliche Presse vermutete sogar, die Sozialdemokraten wollten einzig und allein aus einem Grund die Eingemeindung voran bringen, nämlich um ihre Mehrheiten bei Wahlen zu sichern. Die hinzukommenden potenziellen Wählerstimmen wurden auf ca. 10.000 geschätzt; mindestens 2/3, vielleicht sogar ¾ würden davon auf die SPD entfallen.⁶

Auf massives Betreiben des Schildescher Amtmannes blieb jedoch von nun an die Eingemeindungsfrage auf der Tagesordnung. Im August 1922 legte er einen neuen Plan vor: die Bauerschaft Schildesche, Gellershagen und Theesen sollten allesamt nach dem Ort Schildesche eingemeindet werden, „für die dann ca. 18.000 Einwohner zählende Gemeinde Schildesche

⁴ Sta Bielefeld, Amt Schildesche, Nr. 96: Protokoll 17.1.1923.

⁵ Konferenz der Unterbezirksleitung des Sozialdemokratischen Vereins für Bielefeld-Wiedenbrück am Sonntag, dem 6.3.1921; Bericht in der Beilage zur Volkswacht Nr. 56 vom 8. März 1921.

⁶ Westfälische Zeitung vom 30.4.1921; weil die finanziellen Lasten nicht tragbar erschienen, enthielten sich die Abgeordneten der DNVP bei der entscheidenden Abstimmung, siehe Westfälische Zeitung vom 25.9.1930.

(sollte versucht werden) die Stadtrechte zu erlangen, da einmal der Ort nach seiner historischen Vergangenheit und Geschichte im Ravensberger Land Anspruch hierauf erheben“ könne, „andererseits aber auch der gesamte Charakter der vergrößerten Gemeinde nach Art der Bebauung und Siedlung jetzt schon vorwiegend städtisches Gepräge“ trüge. Dass die Fronten damals recht verhärtet und die Stimmung gereizt war, wird daran ersichtlich, dass Rappold sein Schreiben an den Magistrat ultimatim enden lässt, indem er schreibt: „Ich bitte um eine klipp und klare Antwort bis zum 15.9.1922.“⁷ Diese vorpreschende Art stieß beim Landrat jedoch auf Ablehnung. Nicht Rappold dürfe die Anträge stellen, sondern diese müssten „von der Stadt kommen“. Der Amtmann widersprach und betonte, dass „dann die Eingemeindungsfrage wieder in den Dornröschenschlaf“ fiel.⁸ Um die Wohnungsnot dennoch zu lindern, konzentrierte man sich bei der Stadt auf kleine Lösungen, so entstanden Häuser der Freien Scholle am grünen Winkel in Heepen 1922⁹, der Bereich wurde danach eingemeindet. Doch die Vorortgemeinden sprechen sich weiterhin gegen solche Halbheiten aus.

Am 18. Dezember 1922 wurde eine Eingemeindungskommission gewählt, der von Seiten des Magistrats Oberbürgermeister Dr. Stapenhorst, Stadtbaurat Schultz, Generaldirektor Brüggemann sowie die Stadträte Binder und Schreck angehörten. Von der Stadtverordneten-Versammlung wurden Bürgermeister Köllner, Stadtrat Oster, die Stadtverordneten Herzwurm, Jokusch und Landmeyer, sowie der Rektor a.D. Beckmann hinein gewählt. Amtmann Rappold machte jetzt einen noch viel weiter reichenden Vorschlag, in dem er die gänzliche Auflösung des Landkreises forderte; dadurch könnten Millionen an Verwaltungskosten gespart werden.¹⁰ Im Juni 1923 wandten sich dann mehrere namhafte Industrielle aus dem Bereich Schildesche in einem Schreiben an den Bielefelder Magistrat und stellten unmissverständlich fest, dass sie erst dann wieder bereit seien würden, finanzielle Mittel für die Behebung der Wohnungsnot bereit zu stellen, wenn dies auch entsprechend die Bielefelder Firmen täten. 9/10 der Beschäftigten aus



Dr. Rudolf Stapenhorst



Dr. Friedrich Beckhaus

⁷ Sta Bielefeld, Amt Schildesche Nr. 96: Schreiben vom 4. August 1922.

⁸ Sta Bielefeld, Amt Schildesche Nr. 96: Protokoll der Eingemeindungskommission vom 28.9.1923.

⁹ Seppmann, Willy, Heepen vom Kirchspiel zum Stadtbezirk. 1986, S. 138.

¹⁰ Sta Bielefeld, Amt Schildesche Nr. 96: Protokoll der Eingemeindungskommission vom 17.1.1923.

den Vororten würden in Bielefeld arbeiten und dort den Wohlstand erwirtschaften, aber die dortigen Industriellen täten nichts zur Abhilfe der Wohnungsnot.¹¹ Im September 1925 wurde die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet Groß-Bielefeld beschlossen, auf dessen Grundlage die Verhandlungen mit dem Landkreis geführt werden sollten.

Der Kreistag befürwortete auf einer Sitzung am 12.1.1926 wiederum ausdrücklich die Eingemeindung und bat nun das zuständige Ministerium um die Einsetzung eines Kommissars, der mit entsprechenden Vollmachten versehen, die Angelegenheit abschließend regeln sollte. Ein solcher wurde jedoch nicht berufen. Im Juni 1926 einigte man sich in der Eingemeindungskommission auf die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für die einzugemeindenden Gebiete. Es sollten demnach folgende Gemeinden oder Gemeindeteile aus dem Landkreis angegliedert werden: Sieker, Stieghorst, Oldentrup, Heepen, Milse, Dorf Schildesche, die südlich des Johannisbaches liegenden Teile der Bauerschaft Schildesche und Theesen, Gellershagen (ausgenommen das nördliche Viertel), Teile von Hoberge-Uerentrup, einige Grundstücke von Brackwede und Gadderbaum, sowie ein Teil von Quelle. Damit wären ca. 6000 Hektar und etwa 42.000 Einwohner zu Bielefeld gekommen. Doch der Landkreis lehnte diesen Vorschlag ab und unterbreitete hingegen einen Eigenen, nach welchem das Stadtgebiet um etwa 4000 Hektar und rund 40.000 Einwohner erweitert worden wäre. Eine Einigung konnte auch darüber nicht erzielt werden. Oberbürgermeister Stapenhorst favorisierte dagegen nun die Idee einer „kleinen Lösung“, einer Teileingemeindung, mit 1470 Hektar und ungefähr 20.000 Einwohnern. Um eine Begründung für den nunmehrigen Ausschluss Schildesches zu geben, führte er folgendes aus: „Gehört doch im Ravensberger Lande das Dorf Schildesche mit seiner vielhundertjährigen Geschichte zu den schönsten seinesgleichen, das vermutlich der überwiegende Teil seiner Bewohner in seiner dörflichen Eigenart erhalten wissen und nicht zu einem wenig beachteten Vororte einer Großstadt herabgedrückt sehen will, zumal dann nicht, wenn die Nachbarstadt bereit ist, Mängel in der Entwässerung auch ohne Eingemeindung beseitigen zu helfen und Schildesche die Vorzüge einer Gas- und Trinkwasserversorgung zukommen zu lassen.“¹² Doch auch dieser Vorschlag stieß auf Ablehnung seitens des Kreises.

Ende 1927 hatte ein neues Gesetz¹³ die Rechtslage für Eingemeindungen erheblich verändert. Der Magistrat bat deshalb im folgenden Jahr das zuständige Ministerium um den Erlass eines Eingemeindungsgesetzes für Bielefeld. Damit wurde nun verstärkt der Regierungspräsident in Minden eingeschaltet. Doch weitere Einigungsversuche scheiterten immer wieder an der Aufteilung von Gadderbaum, Heepen und Schildesche.¹⁴ Noch 1930 lehnten sowohl Oberbürgermeister Stapenhorst, als auch Landrat Beckhaus den neu aufgeworfenen Plan, ein Restamt Schildesche zu schaffen, vehement ab. Nach mehreren Ortsterminen wurde schließlich am 11. Juni 1930 vom Landtag das Gesetz über die Erweiterung des Stadtkreises Bielefeld

¹¹ Sta Bielefeld, Amt Schildesche Nr. 96: Schreiben vom 7. Juni 1923; es unterzeichneten unter anderem die Vertreter der Mechanischen Weberei Ravensberg, der Bielefelder Weberei Gunst & Co AG und der Eisenwerk Schildesche AG.

¹² Sta Bielefeld, Amt Schildesche Nr. 92: Schreiben vom 15. Januar 1927 an den Landrat Dr. Beckhaus; Stapenhorst spielt darauf an, dass bereits im Jahre 939 Schildesche erstmalig erwähnt wird. Damals gründete die Adelige Marswidis ein Damenstift, das bis Dezember 1810 bestand. Aufgrund seiner Versorgungsfunktion für adelige unverheiratete Töchter überstand es sogar die Reformation und den 30-jährigen Krieg.

¹³ Gesetz über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 27.12.1927.

¹⁴ Sta Bielefeld, Westermann –Sammlung Bd. 35 „Eingemeindung und Siedlung“ S. 26; Artikel (vermutlich der Westfälischen Zeitung) vom 6.5.1930.

beschlossen, das zum 1.10.1930 in Kraft treten sollte. Die abschließende Regelung der Eingemeindung sah wie folgt aus: vom Amt Heepen kamen die Gemeinden Sieker und Stieghorst, Teile von Heepen und Oldentrup an Bielefeld; vom Amt Schildesche die Gemeinden Schildesche, die Bauerschaft Schildesche und Gellershagen, ein Teil von Theesen, vom Amt Dornberg Teile der Gemeinde Hoberge-Uerentrup und Groß-Dornberg; schließlich noch kleinere Teil von Gadderbaum und Brackwede. Hatte die Größe des Stadtgebietes ursprünglich 1677 Hektar betragen, so lag sie jetzt bei 4681 Hektar.¹⁵ Bielefeld wurde damit die 50. Großstadt Deutschlands und davon die 43. Größte sowie die 5. Größte der Provinz Westfalen. Die Eingemeindung wurde letztlich als notwendiges Übel angesehen – wie Bürgermeister Köllner es in einer Stellungnahme betonte – es sei eben keine „Liebesehe“. Doch die eigentlichen Probleme begannen nun erst, rechnete man doch für das Jahr 1931 mit einem Fehlbetrag von 300.000 RM im städtischen Haushalt, der allein durch die Eingemeindung verursacht worden war. Positiv war jedoch, dass die Steuern für die Bürger in den früheren Vororten sanken.

Mit der Eingemeindung ergaben sich Veränderungen in vielen Bereichen, so mussten zum Beispiel die Polizeibezirke geändert werden. Ursprünglich war beabsichtigt worden, neben den 4 bereits bestehenden Polizeirevieren ein fünftes im Norden mit dem Sitz in der Ortschaft Schildesche einzurichten. Dieses hätte die Gemeinde und die Bauerschaft Schildesche, sowie den Teil von Heepen und die Kammeratsheide umfassen sollen. Da zu diesem Revier jedoch wesentlich weniger Einwohner gehört hätten als zu den bisher bestehenden, wurde dieser Plan verworfen. Vielmehr wurde nun eine Revier-Zweigstelle, die dem 2. Polizeirevier unterstellt war, in der Ortschaft Schildesche eingerichtet. Eine Revier-Zweigstelle war für die Ortschaft Sieker zuständig, die dem 3. Polizeirevier unterstellt war. Ferner wurden 6 zusätzliche Landposten und zwar im Wellensiek, in Gellershagen-Theesen, in Sudbrack, in der Gemeinde Schildesche, in der Kammeratsheide und in Stieghorst eingerichtet. Bei den zahlreichen Straßenumbenennungen erhielt der Polizeipräsident ein Vetorecht.¹⁶

Hinsichtlich der kirchlichen Einteilung hatte die Eingemeindung anfänglich keine Auswirkungen. Die Menschen sollten in ihren alten Gemeindeverbänden bleiben und damit ihre Bindungen behalten. Aber für die Zukunft wurde schon an eine Neuorganisation gedacht. Im Westen sollte ein „Kirchensystem“ für das Sudbrackgebiet, für Teile von Gellershagen, für die Johanniskirche und für den Wellensiek erfolgen. Ein zweites sollte den Kamphof und den Lehmstich umfassen, ein drittes den Bereich Bleich-, Heeper- und Mühlenstraße. Der Anschluss Siekers an Bielefeld-Altstadt war bereits beschlossen.¹⁷ Für einen ebensolchen Anschluss des Wellensieks hatte sich Oberbürgermeister Stapenhorst bei der Altstädter Nicolai-Gemeinde besonders eingesetzt, weil dieses Gebiet ganz anders als Dornberg strukturiert war. Doch wurde mit dem Hinweis auf die dadurch bedingten „unerträglichen“ finanziellen Lasten, dieses Ansinnen abgelehnt.¹⁸

Neben den vielfältigen zusätzlichen Belastungen für die Stadt, die durch die Eingemeindung verursacht worden waren, sah die Westfälische Zeitung aber auch einen ganz großen Gewinn:

¹⁵ Verwaltungsbericht der Stadt Bielefeld 1926-1931 (zum Jahr 1930), S. 5-8.

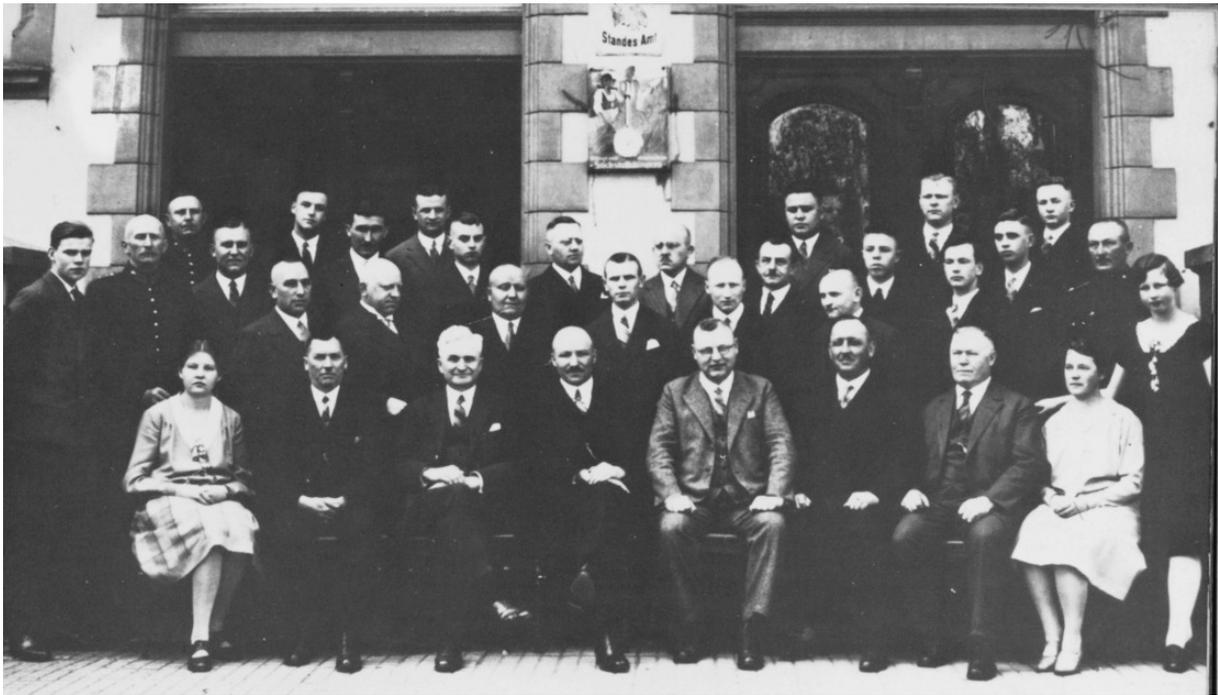
¹⁶ Westfälische Zeitung vom 1.10.1930: Artikel von Regierungsrat Dr. Elze, Staatliche Polizei und Eingemeindung.

¹⁷ Westfälische Zeitung vom 1.10.1930: Artikel von Pastor Cremer, Eingemeindung und Kirche.

¹⁸ Schleicher, Wilhelm, Dornberg. Wissenswertes aus seiner Geschichte. Bielefeld 1985, S.83.

man sei nun im Besitz des Johannisbades in Schildesche, „der Keimzelle der gesamten Freibadbewegung in und um Bielefeld“.¹⁹

Mancher heutige Zeitgenosse mag die Eingemeindung Anfang der 30-er Jahre bedauern, weil die kommunale Eigenständigkeit der Gemeinden damit verloren ging und sie als eigenständige Orte nicht mehr in Erscheinung traten. Vor dem Hintergrund der ökonomischen und sozialen Probleme der damaligen Zeit, erscheint sie jedoch als dringend geboten und unumgänglich. Ein sehnlicher Wunsch des nach Gevelsberg gewechselten Amtmannes Rappold ging glücklicherweise in Erfüllung: der zusammengesetzte Name Bielefeld-Schildesche hat sich über die Jahrzehnte bis heute gehalten.²⁰



Amtmann Rappold mit seiner letzten Amts-„Mannschaft“ im Jahre 1930

¹⁹ Westfälische Zeitung vom 1.10.1930: Artikel ‚Turnen und Sport in der neuen Großstadt‘.

²⁰ Geäußert in einem Grußwort zur Eingemeindung, siehe: Westfälische Zeitung vom 1.10.1930.